

Uwe Doering, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 - 25 09 fax: - 25 15

doering@linksfraktion-berlin.de

www.uwe-doering.de

DIE LINKE in Berlin 2008

Seit der Abgeordnetenhauswahl 2006 befindet sich DIE LINKE in Berlin erneut in Regierungsverantwortung. Zusammen mit der SPD bilden wir die rot-rote Koalition. Wir sind mit vielen Zielen gestartet, die auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wurden. Messen lassen müssen wir uns jedoch an den Ergebnissen unserer Arbeit, an unseren Errungenschaften und Erfolgen. Nun - zum Ende des Jahres - ist es Zeit, einen kleinen Rückblick auf die letztjährigen Ergebnisse unserer Arbeit in der Koalition zu werfen.

Nummer Eins in direkter Demokratie

Im Februar wurde durch eine Gesetzesänderung ein Prozess abgeschlossen, durch den es die rot-rote Koalition in Berlin geschafft hat, Volksentscheide auf Landesebene zu erleichtern, das Wahlalter auf Bezirksebene auf 16 Jahre zu senken und bezirkliche Volksentscheide und Bürgerhaushalte zu ermöglichen. Diese bürgerfreundlichen Regelungen wirken sich in der Praxis direkt aus. So berichtet Mehr Demokratie e.V., dass in Berlin allein im Jahr 2007 fast so viele Bürgerinitiativen gestartet wurden wie in 39 Praxisjahren zuvor. Nirgendwo anders in Deutschland wurden mehr Initiativen neu gestartet.

Keine öffentlichen Aufträge ohne gerechte Bezahlung

Im März beschloss das Abgeordnetenhaus ein neues Vergabegesetz. Dieses sieht vor, dass öffentliche Aufträge nur noch nach Tarif, mindestens aber mit 7,50 Euro pro Stunde bezahlt werden. Das Gesetz geht auf einen Vorschlag des Senators für Wirtschaft, Technologie und Frauen Harald Wolf (DIE LINKE) zurück. Leider kann das Gesetz aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes nicht zur Entfaltung kommen. Da die Idee eines gesetzlichen Mindestlohns jedoch

richtig ist, kämpfen wir weiter dafür. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll sich zukünftig u.a. an der Zahlung von Tariflöhnen orientieren.

Enthaltung im Bundesrat zu EU-Reformvertrag

Was zur Reform der Erbschaftsteuer im Dezember nicht klappte, funktionierte im Mai bei der Abstimmung über den Vertrag von Lissabon gut: Berlin enthielt sich der Stimme und Rot-Rot handelte damit gemäß der Koalitionsvereinbarung. Trotz einiger Fortschritte überwogen für uns die negativen Aspekte des Vertragswerks, das neben der zunehmend militärischen Ausrichtung der EU-Außenpolitik auch eine Verengung der Handlungsräume für eine sozial gerechte Politik bedeutet. Wichtig ist für uns dabei: Wir sind für Europäische Integration, aber diese muss sozial gerecht sein. So hat das Abgeordnetenhaus im Dezember einen Antrag der Koalition verabschiedet, der innerhalb der EU die Einhaltung von sozialen Mindeststandards fordert.

Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst

Im November konnte endlich eine Einigung im Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst erreicht werden. Dies wurde auch deshalb möglich, weil sich Landesvorstand und Linksfraktion wiederholt öffentlich für eine tarifvertragliche Lösung des Konflikts eingesetzt haben. Unsere Forderung: Die Beschäftigten des ö. D. in Berlin dürfen nicht länger von der Einkommensentwicklung in Bund und Kommunen abgekoppelt werden. Nachdem Senat und Gewerkschaftsvertreter wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt waren, konnte eine Lösung erreicht werden, die allen Beteiligten gerecht wird. Mit der Tarifierhöhung konnte vor allem der solidarische Beitrag der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten an der Konsolidierung des Landeshaushalts gewürdigt werden. Wichtig war auch die Festlegung, in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)



einzutreten und einen Fahrplan für die Verhandlungen über die Zeit nach 2009 festzulegen. Hier muss geklärt werden, in welchen Schritten Berlin sich an das bundesweite Tarifniveau anschließen kann.

Mitbestimmungsrechte der Personalräte konnten weitestgehend erhalten werden

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um das Landespersonalvertretungsgesetz (PersVG) konnte im Sommer eine Novellierung des PersVG im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden, bei der einerseits die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigt wurden und andererseits Mitbestimmungsrechte erhalten blieben. Ursprünglich sah der Vorschlag des Innensenators zur Novellierung des PersVG Einschränkungen der Mitbestimmungsrechte für die Personalräte im öffentlichen Dienst vor. Im Ergebnis der parlamentarischen Beratungen und einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat und den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes konnten Mitbestimmungsrechte erhalten werden. Die Rechte der Frauenvertretungen wurden gestärkt. Zusätzlich erhielten die Personalräte mehr Informations- und Beteiligungsrechte.

DIE LINKE stimmt gegen BKA-Gesetz

Dass das BKA-Gesetz im November im Bundesrat gescheitert ist, stieß bei uns auf große Freude. Auch Berlin stimmte gegen das Gesetz. Mit dem Gesetz sollten Bürgerrechte weiter eingeschränkt und die Schnüffelei von Staats wegen erleichtert werden.

Online-Durchsuchungen sind unserer Meinung nach auch nach richterlicher Anordnung unangemessen. Auch der vom Vermittlungsausschuss überarbeitete Entwurf des BKA-Gesetzes fand im Bundesrat von Berlin keine Zustimmung.

Pilotprojekt Gemeinschaftsschule gestartet

Mit dem Beginn des Schuljahres 2008/2009 ist im September auch das ambitionierte Pilotprojekt der rot-roten Koalition Gemeinschaftsschule gestartet. In den ersten 11 Schulen wird seitdem gemeinsam gelernt, in Phase II im nächsten Schuljahr kommen noch einmal vier Schulen dazu. Das Projekt dient vor allem dazu, Erfahrungen zu sammeln, wie man den Lernerfolg verbessern und unabhängig von der sozialen Herkunft erzielen kann. Mehr Informationen unter: <http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de>.

Einigung bei Mietspiegel erzielt und neue AV Wohnen

Im September hat die Linksfraktion die Einigung der Mieter- und Vermieterorganisationen für ein gemeinsames Vorgehen zur Erstellung eines Mietspiegels 2009 begrüßt. Der Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer (SPD) ist es gelungen, einen größtmöglichen Konsens zwischen allen Beteiligten herzustellen, womit mietschärfende Kriterien – wie von Rot-Rot beschlossen – berücksichtigt werden können. Zudem arbeitete die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) eine neue Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen) für ALG-II-Empfänger aus, die auf die spezielle Wohnungsmarktsituation in Berlin eingeht und zum Ziel hat, „Massenumzüge“ zu verhindern. Die neue AV Wohnen erhöht den Richtwert für Mieten bei den 1-Personen-Haushalten und enthält ein Moratorium bezüglich der Betriebskosten. Die Richtwerte für die Betriebskosten sollen im kommenden Frühjahr überarbeitet werden.

Berlin-Pass - „Öffne Dir die Stadt“

Im Dezember stellte die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner der Öffentlichkeit den Berlin-Pass vor. Ab Januar 2009 können mit dem Berlin-Pass

Berlinerinnen und Berliner, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundversicherung oder Leistungen nach dem Asylwerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit, bei öffentlichen sowie privaten Veranstaltungen und Einrichtungen erhalten. Mehr Informationen unter: <http://www.berlin.de/sen/sozial/es/sicherung/berlinpass>.

Volksentscheid gegen Tempelhof für BBI

Im April zeigte der Ausgang des Volksentscheides über den Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof, dass die Mehrzahl der Berlinerinnen und Berliner – wie die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus – im Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) ein wichtiges Zukunftsprojekt für Berlin und Brandenburg sieht. Nur mit der Schließung von Tempelhof und Tegel lässt sich eine Konzentration des Luftverkehrs auf den Flughafen in Schönefeld erreichen. Besonders vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Wirtschafts- und Finanzkrise ist dieses Projekt für die Region als Wirtschaftsmotor von essentieller Bedeutung. Dabei wird weiterhin darauf zu achten sein, dass mit dem Ausbau des BBI die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner Berücksichtigung finden. Nachtflugverbot und Lärmschutz müssen weiterhin thematisiert werden.

1. FC Union Berlin bleibt in der Alten Försterei

Nachdem der geplante Verkauf des Stadions An der Alten Försterei an den 1. FC Union Berlin für den symbolischen Betrag von einem Euro durch die EU-Wettbewerbsbehörden gescheitert war, kam im April die Entwarnung für die Fans des Vereins. Das Land Berlin übertrug das Sportstättengelände in einem Erbbaupachtvertrag an den 1. FC Union Berlin. Mit der nun hauptsächlich von den Fans selbst durchgeführten Sanierung wird das Stadion momentan für den Profifußball fit gemacht.

Antidiskriminierung im Beamtenrecht verankert

Im Juni verabschiedete das Abgeordnetenhaus zwei rot-rote Gesetzesvorhaben, die einen großen Schritt zur Gleichstellung von

Beamtinnen und Beamten mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen bedeuten. So sind „verpartnerte“ Beamtinnen und Beamte nun im Besoldungs- und Verordnungsrecht verheirateten gleichgestellt. Berlin zog damit als einziges Bundesland umfassende Konsequenzen aus den Beanstandungen der EU gegenüber der Politik Deutschlands.

Änderung im Zuwanderungsgesetz für mehr Integration

Im August brachte Berlin eine Initiative in den Bundesrat ein, welche die Abschaffung der so genannten Optionspflicht (bei bestimmten Fällen von doppelter Staatsbürgerschaft die Entscheidung für oder gegen die Deutsche mit der Volljährigkeit und spätestens bis zum Ende des 23. Lebensjahres) und die Zulassung von mehr doppelten Staatsangehörigkeiten hat. Damit sollen die Integrationschancen vieler junger Menschen verbessert werden.

Parken ist nun günstiger / Senat führt für die Innenstadt die Umweltzone ein

Im Juni beschloss der rot-rote Senat, die Kosten für die Anwohner-vignette in Parkzonen von 51 Euro auf 20,40 Euro für zwei Jahre zu senken. Damit folgte der Senat einer Anregung der Linksfraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Zudem sollen Anwohner unkompliziert für ihre Gäste einen Parkausweis im Internet besorgen können. Anfang des Jahres führte der Senat überdies für die Innenstadt die Umweltzone ein. Mit dieser Maßnahme wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Umweltschutz und Verbesserung der Lebensqualität in der Innenstadt getan.

Des Weiteren ist es unter unserer Mitarbeit gelungen den so genannten AIDS-Zuschlag zu sichern, bei der Sanierung der Staatsoper deren bauliche Identität zu erhalten und diese technisch zu erneuern und eine Initiative für die Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention in den Bundesrat einzubringen. Zurzeit führen wir intensive Gespräche mit der BVG und der S-Bahn, um die Einführung von Senientickets zu ermöglichen.

2/2

Ich wünsche Allen einen gelungenen Start in ein friedliches und erfolgreiches (Wahl-) Jahr 2009.

DIE LINKE.